Schwaikheim, den 15. Februar 2011

Haushaltsrede 2011

Alexander Bauer, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Häuser,

verehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

verehrte Gemeinderatskolleginnen und -kollegen,

liebe Bürgerinnen und Bürger,

Allgemeine Finanzlage

Die Haushaltsberatungen erfordern immer wieder einen Blick auf die aktuellen Steuerschätzungen und die Entwicklung der Wirtschaft. Hier konkrete Orientierung zu finden, das war die letzten Monate nicht einfach. Und den angekündigten XXL-Aufschwung vermögen wir noch nicht zu erkennen.

Um so mehr erscheint es uns wichtig, in solchen Zeiten klare Konzepte und Planungen zu entwickeln. Langfristige Konzepte sind Brücken über Krisenintervalle.

Städte und Gemeinden sind schlecht bei Kasse. Das kommt nicht daher, dass sie über ihre Verhältnisse gelebt hätten – wie manchmal behauptet wird. Es gibt andere Gründe für diese Entwicklung:

Die Folgen der weltweiten Finanzkrise bekommen insbesondere die Gemeinden zu spüren – allerdings wird über uns kein Schutzschirm ausgebreitet. Ganz im Gegenteil: wir und die meisten Bürgerinnen und Bürger müssen für den Schaden aufkommen, den Spekulanten verursacht haben.

Ein anderer Grund ist, dass den Gemeinden immer wieder Aufgaben übertragen wurden ohne dafür das notwendige Geld mitzuliefern.

Kreishaushalt

Zum guten Ton und zur Pflichtübung eines jeden Bürgermeisters gehört das Jam-

mern über die Kreisumlage. Das macht sich am örtlichen Dorfbrunnen gut, löst aber

keine Probleme.

Wer auf eine niedrigere Kreisumlage drängt, der sollte den Mut haben zu sagen, wa-

rum auch die Kreise in finanziellen Engpässen stecken – und er sollte vor allem den

Mut haben zu sagen, wo der Kreis kürzen soll: Denn auch der Kreis erbringt Dienst-

leistungen für die Bürgerinnen und Bürger: Ich nenne nur das Krankenhaus, den

ÖPNV, die Sozialleistungen und die Berufsschulen.

Ein Beispiel: Der Landkreis spart im Jahr 160.000 Euro bei der Schülerbeförderung.

Dieser Tage hat eine Mutter vorgerechnet, wie sich das in ihrer Familie auswirkt: für

ihre zwei Kinder zahlt sie monatlich statt 15 Euro künftig 72,50 Euro – das macht

aufs Jahr 632,50 Euro. Das ist für eine Familie ein spürbarer Betrag.

Den jetzigen Protest hat sich der Landrat somit redlich verdient. Die SPD-

Kreistagsfraktion ist für die Eltern eingestanden. Aktuell scheint sich aufgrund des

massiven Drucks der Eltern doch noch eine Lösung abzuzeichnen.

Vorsorglich möchten wir an dieser Stelle schon mal an Städte, Gemeinden und Krei-

se einen Appell richten: Im Großraum Stuttgart haben sich alle verpflichtet, mit hohen

Millionenbeträgen das Projekt Stuttgart 21 zu unterstützen. Man muss wohl anneh-

men, dass die bisherigen Kostenschätzungen weit überschritten werden. Deshalb

unser Appell: Der Deckel, der auf den Finanzierungszusagen drauf ist, muss auch

längerfristig drauf bleiben. Wir haben so viele Aufgaben zu lösen und so wenig Geld

in den Kassen, dass es nicht zu verantworten wäre, für dieses mit vielen Problemen

belastete Projekt noch mehr finanzielle Leistungen zu erbringen. Erstaunlich auch,

hier wird erst gar nicht versucht einen Sparstift anzusetzen. Die Summen werden

auch in keinem Haushalt konkret ausgewiesen. Warum eigentlich nicht?

Gemeindehaushalt

Aus den Haushaltsberatungen haben wir zu der allgemeinen Finanzlage und der Er-

höhung der Kreisumlage mitgenommen, dass der Verwaltungshaushalt im Jahr 2011

nicht ausgeglichen werden kann. Die Rücklagen entsprechen in der Höhe nur noch

dem gesetzlichen Mindestbetrag. Die pro Kopf Verschuldung bleibt in Schwaikheim

bei 195 Euro je Einwohner. Der Landesdurchschnitt beträgt 335 Euro pro Einwohner.

Die Erhöhung des Wasserpreises tragen wir zähneknirschend mit. Sehen aber auch

die umfangreichen Investitionen die in Angriff genommen werden müssen. Dies

muss auch im Preisvergleich mit den anderen Gemeinden berücksichtigt werden.

Am Anfang der Haushaltsberatungen waren die Steuerschätzungen und die damit

verbundenen Schlüsselzuweisungen noch weit aus weniger optimistisch. Die Erhö-

hung der Kreisumlage war zu diesem Zeitpunkt noch mit bis zu 8 Punkten im Ge-

spräch.

Unter diesem Finanzierungsdruck gingen wir die Erhöhung der Hebesätze für die

Grund- und Gewerbesteuer an. In einem weiteren Schritt verständigte man sich auf

ein Sparpaket mit einem Volumen in Höhe von 64.700 Euro. Weitere Beratungen zu

ergänzenden Einsparvorschlägen waren bereits in Planung.

Gleichwohl waren die Erhöhungen als auch die Einsparungen für unsere Fraktion

immer mit der Zielrichtung verknüpft, das Kinderhaus doch noch in der ursprünglich

angedachten Größe bauen zu können.

Dann kamen die weitaus positiveren Novembersteuerschätzungen. Die weiteren Be-

ratungen zu ergänzenden Einsparvorschlägen erfolgten nicht mehr.

Wir haben im Nachgang bewusst darauf verzichtet, einen Antrag zu stellen, der der

Verwaltung vorschreibt, diesen oder jenen Betrag bzw. Prozentsatz einzusparen.

Unter den Stichwort "Globale Minderausgabe" kennt man diese Praxis vor allem in

der Landesverwaltung. Wir bauen auf die Freiwilligkeit.

Wir vertrauen hier auf die fachliche Kompetenz und die Kreativität aller Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter der Verwaltung bei jeder Ausgabe zu prüfen, ob sie jetzt wirklich

notwendig ist.

Das weniger umfangreiche Füllen unseres Mitteilungsblattes mit Texten und Bildern

durch die Gemeinde könnte ein solches Signal sein - ohne dass der Informations-

wert dadurch sinkt, zumal unsere Internetseite ein neues Outfit erhält.

Kinderbetreuung

Der Ausbau der Kinderbetreuung ist eine der dringendsten Aufgaben, die wir haben.

Das Berufsleben erfordert immer mehr Flexibilität von Mann und Frau – eine Ent-

wicklung, die noch lange nicht zu Ende ist, die nicht nur die Länge des Arbeits-Tages

ausdehnen, sondern auch mehr und mehr das Wochenende ergreifen wird. Es sind

aber auch gewichtige pädagogische und bildungspolitische Aspekte, die einen Aus-

bau des Angebots erfordern.

Das alles wird viel Geld kosten. Da es sich aber hier nicht um ein privates Vergnügen

handelt, sondern um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die die Fortentwicklung

unseres Sozialstaates betrifft ebenso wie die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft,

dürfen die Kosten nicht den Eltern aufgebürdet werden, sie müssen vielmehr insge-

samt vom "Staat" getragen werden. Es geht bei der Kostenverteilung also auch um

die Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Wir möchten deshalb unterstreichen, dass der gebührenfreie Besuch der Kinderhäu-

ser unverändert unser - ferneres - Ziel ist. Als ersten Schritt streben wir an, zu-

nächst auf die Erhöhung der Gebühren zu verzichten.

Gleichfalls muss aber auch gesagt werden, dass die Kosten nicht nur durch die

Kommunen zu tragen sind. Hier stehen das Land und auch der Bund in der Pflicht.

Gespannt warten wir dazu die anstehenden Gerichtsurteile ab.

Die letzten Bedarfsumfragen haben gezeigt, dass die Anzahl der Familien in denen

beide Elternteile berufstätig sind, ständig steigt. Gleichfalls zeigten die Umfragen,

dass von allen Betreuungsformen vor allem der Wunsch nach Ganztagsbetreuung

zunimmt – also gerade das Angebot, das wir in Schwaikheim in der Kleinkindbetreu-

ung noch nicht anbieten können.

Dass der Bedarf da wäre, zeigt die Zahl der Schwaikheimer Kinder, die in anderen

Kommunen betreut werden und für die wir nicht wenig an kommunalem Ausgleich

bezahlen müssen. Das muss sich mit dem neuen Kinderhaus ändern.

Nicht zu vergessen ist der ab dem 1. August 2013 bestehende Rechtsanspruch der

Eltern auf einen Kinderbetreuungsplatz für ihr Kind ab dem 1. Lebensjahr. Es sollen

ab diesem Zeitpunkt für mindestens 35 % der Kinder solche Betreuungsplätze zur

Verfügung stehen.

Kinderhaus

Die Planungen, Diskussionen und Entscheidungen um das Kinderhaus dauern an.

Nach wie vor finde ich persönlich keine Antwort darauf, wie man Jahre lang an einem

Baugrund festhalten kann, der im Überschwemmungsgebiet des Zipfelbaches liegt

und damit im Falle einer Bebauung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit

Kosten und Maßnahmen auslöst. Das hat wertvolle Zeit und viel Geld gekostet. Der

neue Standort an der Badstraße scheint besser geeignet zu sein. Die Zusatzkosten

durch die Hangbebauung bleiben aber abzuwarten.

Die aktuellen Bedarfsumfragen des GEB der Kindergärten und der Gemeinde haben

ergeben, dass vor allem das Angebot an Ganztagsbetreuung und die flexible Inan-

spruchnahme von unterschiedlichen Betriebsformen gewünscht wird.

Nach wir vor sind wir daher der Auffassung, dass hierzu der sofortige Ausbau des

Kinderhauses in voller Größe mit 6 Gruppen die richtige Antwort ist. Insbesondere

kommt auch das pädagogische Konzept nur in diesem Fall zur optimalen Entfaltung.

Hermann Zoller

Gleichfalls steht für uns aus sich bereits jetzt über ein Konzept der zukünftigen Be-

triebsformen eine optimale Ausschöpfung der bereitgestellten Fördermittel sicherzu-

stellen. Nichts wäre ärgerlicher, als im Jahr 2013 festzustellen, dass ein weiterer Be-

darf vorhanden ist und dann die Fördertöpfe leer sind. Es gilt das Windhundprinzip

und die zeitliche Befristung der Fördermittel bis 2013.

Vor dem Hintergrund der gewünschten Weiterentwicklung der Schule und der be-

grenzten Raumkapazitäten im Paula-Korell-Kinderhaus für die Ganztagsbetreuung,

stellt sich uns die Frage, ob wir nicht kurzfristig darüber nachdenken sollten, das Kin-

derhaus auch deswegen gleich 6gruppig auszubauen. So könnte man die Ganztags-

betreuung für Klein- und Kindergartenkinder im neuen Kinderhaus kompakt anbieten.

Jedenfalls sollte dieser Gedanken noch kurzfristig in die Überlegungen, die wir der-

zeit in Sachen Schule und Hort im Paula-Korell-Kinderhaus anstellen, unbedingt mit

einfließen.

Unbedingt für notwendig halten wir Klarheit über die Sanierungskosten für das Kin-

derhaus Bismarckstraße. Nach der Lektüre der Prioritätenliste können wir uns der

uns gegenüber geäußerten Einschätzung, dass es sich um reine Unterhaltungsmaß-

nahmen handle, nicht anschließen. Zumal es auch um den Arbeitsschutz gehen

könnte. Hier erwarten wir in den nächsten Wochen konkrete Kostenaussagen. Da mit

einer größeren Summe zu rechnen ist, könnte sie von Bedeutung für andere Ent-

scheidungen sein.

Klar erkennbar wurde, dass die Kleinkind-, die Kindergarten- und die Schulkind-

betreuung nicht mehr getrennt, sondern als Einheit behandelt werden muss. Auch

hier ist es die Herausforderung unserer Zeit, ein durchgehendes Betreuungskonzept

ohne Bruchstellen, mit einheitlichen Gebührenmodellen und Betriebsformen zur Ver-

fügung zu stellen. Vor allem Familien mit berufstätigen Eltern und mehreren Kindern

sind darauf angewiesen. Selbstverständlich gilt dies auch für die Überbrückung der

Ferienzeiten.

Zukunft der Schwaikheimer Schulen

Sicherheit an der Schule

Der von der Landesregierung Baden-Württemberg eingesetzte Expertenkreis Amok hat die Durchführung von zwei Maßnahmen empfohlen. Die erste empfohlene Maßnahme wurde mit dem Beschluss des Gemeinderats, an der GHS Schwaikheim ein Alarmierungssystem per Telefonanlage zu installieren, bereits umgesetzt.

Die zweite Maßnahme sieht die Ausstattung mit einem Sicherungs- bzw. Verschlusssystem vor. Das haben wir nun beantragt.

Hauptschule / Neue Werkrealschule

In den zurückliegenden Monaten rückte das Thema Schulstandort Schwaikheim immer mehr in den Fokus. Schnell wurde uns klar, dass die erforderlichen Entscheidungen nur im Zusammenhang analysiert, bewertet und getroffen werden können. Aus diesem Grund hatten wir im 1. Halbjahr 2010 gegen anfänglichen Widerstand die Erstellung eines detaillierten Schulentwicklungsplans beantragt. Nicht nachvollziehbar ist, dass in der Diskussion um die Werkrealschule die erforderlichen Zahlen, Informationen und rechtlichen Rahmenbedingungen oft nur durch Anfragen und eigene Recherchen zur Verfügung standen.

Die Diskussion um die Neue Werkrealschule hat sich dadurch wesentlich erschwert, dass die Anzahl der Hauptschüler in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist. Nun kam aktuell dazu, dass einige Eltern für ihre Kinder den Titel "Neue Werkrealschule" als eine Verbesserung ansahen und nach auswärts gingen. Das Urteil des Verwaltungsgerichtes Sigmaringen und die daraus aktuell resultierende schriftliche Ankündigung der Ministerin lassen die starke Hoffnung zu, dass auch einzügige Hauptschulen doch noch Werkrealschule werden können. Grundsätzlich reichen Schwaikheim die aktuellen Schülerzahlen für eine eigene weiterführende Schule.

Wir fühlen uns in unserer Position bestätigt, den Hauptschulstandort Schwaikheim nicht aufzugeben, auch wenn dies vom Leiter des Schulamtes massiv gefordert wurde.

Hierzu ein Dank an alle Fraktionen, dafür, dass wir einen entsprechenden Vorstoß

gemeinsam abgewehrt haben. Wichtig war für diese Entscheidung, dass wir alle Fak-

ten und Informationen zur Verfügung hatten. Diese zu beschaffen, war allerdings et-

was mühsam.

Langfristig könnte sich durch den Rückgang der Schülerzahlen eine Situation erge-

ben, die wir aus unserer Sicht nur gemeinsam mit unseren Nachbarn Winnenden,

Leutenbach und Berglen lösen können. Einer der Punkte, warum wir darauf drängen,

den Meinungsaustausch und die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn zu verbes-

sern.

Die Problematik könnte man dadurch entschärfen, dass man vor Ort an den bisheri-

gen Schulstandorten die richtige Mittlere Reife anbieten kann. Die Realschulen plat-

zen derzeit aus allen Nähten. Der Verbund zwischen Hauptschule und Realschule ist

hierfür eine Lösung.

Für uns ist die "Neue Werkrealschule" eine Mogelpackung. Die Eltern werden ge-

täuscht. Die wirklichen Probleme werden damit nicht angepackt. Die Akzeptanz steht

in den Sternen. Die Hürden für einen mittleren Bildungsabschluss sind hoch. Nach

wie vor steht die zweijährige Berufsfachschule nach dem Hauptschulabschluss klar

im Vordergrund.

Unsere Hauptschule unterrichtet nach den Lehrplan der "Neuen Werkrealschule". Die

Lehrkräfte wurden fortgebildet. Inhaltlich besteht kein Unterschied. Die Fachräume

sind neu renoviert und bestens ausgestattet. Die Klassen sind klein und das Konzept

zur Stärkung der Hauptschule greift sehr gut. Warum also nicht in Schwaikheim blei-

ben? Ein Wechsel von bzw. an eine andere Schule ist immer möglich. Warum also

sollen nicht auch von auswärts Schülerinnen und Schüler in Schwaikheim auf die

weiterführende Schule gehen?

Das Konzept zur Stärkung der Hauptschule ist ein voller Erfolg. Hier gilt vor allem

Frau Susanne Saltikiotis und ihrem Team von INA e.V. ein herzliches Dankeschön.

Vor allem die vielen Arbeitsgruppen, aber auch das Angebot der Hausaufgaben-

betreuung und eines Mittagessens sollen dabei genannt werden. Nicht zuletzt muss

aber gerade das warme Mittagessen eine Aufgabe des Schulträgers bleiben.

Das gemeinsame Gelingen und die Stimmung beim 100 jährigen Jubiläum

der Eichendorffschule hat allen Beteiligten einen positiven Schub gegeben. Die wie-

der stattfindenden Schulbeiratsitzungen, der nun direkte Kontakt zwischen Eltern und

Gemeinderäten, ergänzt dies gut. Die Schwaikheimer Schule lebt!

Raumkonzeption

Die Arbeitsgruppe zur Raumkonzeption an der Schule begrüßen wir ausdrücklich.

Vor allem den teilnehmenden Elternvertretern danken wir für ihr nicht nachlassendes

ehrenamtliches Engagement. Der derzeitige Diskussionsstand der Arbeitsgruppe

zeigt die Problemstellen.

Wir bauen darauf, dass für die Schülerinnen und Schüler gute Lösungen gefunden

werden. Schule ist Lebensraum. Auch die Anliegen der betroffenen Familien müssen

berücksichtigt werden. Die rein zahlenmäßige Verlagerung von Klassen ist keine Lö-

sung – der pädagogische Wert steht für uns im Vordergrund! Dazu gehört nicht zu-

letzt auch die Verbesserung der Integration.

Schulsozialarbeit und "Jugendhaus"

Die Einführung der 50-%-Stelle für die Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2011/2012

begrüßen wir ausdrücklich. Die Schulsozialarbeit ist für uns schon seit Jahren ein

wichtiges Thema. Wir hoffen nun, dass die Schulsozialarbeit auch nach Auslaufen

der Teilfinanzierung durch den Landkreis in Schwaikheim eine Zukunft hat.

Die Sanierung der Räumlichkeiten des "Jugendhauses" in der Fritz-Ulrich-Halle un-

terstützen wir. Für das Jahr 2011 werden hierzu 25.000 Euro bereitgestellt.

Hermann Zoller

Die Einführung der Schulsozialarbeit und die Sanierung des "Jugendhauses" wäre

der Impuls und Zeitpunkt, um die Jugendarbeit in Schwaikheim zu optimieren und

alle Beteiligten an einen Tisch zu holen.

Feuerwehrhaus

Ein Problem, das uns unter den Nägeln brennt, ist das Feuerwehrhaus. Die Pla-

nungsentwürfe für die beiden Standortvarianten liegen bereits vor. Die negative

Haushaltsentwicklung stoppte jetzt die weitere Umsetzung. Die Feuerwehr ist eine

Pflichtaufgabe und hat für unsere Fraktion eine hohe Priorität. In der Standortfrage

haben wir uns noch nicht festgelegt.

Die Zwangspause, die uns durch die Haushaltslage verordnet wird, sollte nicht zum

Stillstand führen. Zwischenzeitlich sollte konsequent die Einhaltung der Hilfsfristen

für beide Standorte analysiert und bewertet werden – gerade auch für die Fristen

unter der Woche, zur Tageszeit, für die Atemschutzträger. Zudem interessiert, in-

wieweit die Thematik Stützpunktwehr und die ggf. erforderliche Unterstützung der

Winnender Wehr für den Klinikneubau für die Schwaikheimer Planungen zukünftig

von Bedeutung sein könnten.

Der Freiwilligen Feuerwehr Schwaikheim unter ihrem Kommandanten Uwe Grünwald

gilt an dieser Stelle ein herzlicher Dank, Respekt und Anerkennung für die geleistete

Arbeit. Bei aller Wertschätzung der anderen Vereine, sehen wir die Feuerwehr auf

einer Position, die nicht mit Vereinsmaßstäben zu messen ist. Das allein gibt schon

ihr öffentlicher Auftrag vor, den sie Tag und Nacht für uns leisten.

Zivilcourage

Mit Besorgnis nehmen wir zur Kenntnis, dass Vandalismus und Sachbeschädigun-

gen in Schwaikheim sichtbar zugenommen haben. Für die Betroffenen ist das eine

ärgerliche und teure Sache. Beispielhaft genannt, ist die Beschädigung der Kletter-

wand und des neuen Barfußpfads an der Ludwig-Uhland-Schule. Das darf nicht sein

und muss konsequent zur Anzeige gebracht werden.

Daher bitten wir alle Bürgerinnen und Bürger Zivilcourage zu zeigen, aufmerksam

hinzuschauen und die örtliche Polizei bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Polizeiposten Schwaikheim

Mir großer Erleichterung nehmen wir zur Kenntnis, dass unser Polizeiposten den Organisationsoptimierungen und Personalkürzungen des Innenministeriums noch nicht zum Opfer gefallen ist. Dem neuen Leiter des Polizeipostens, Herrn Polizeihauptkommissar Manfred Brodtmann wünschen wir als neuem Chef viel Erfolg und immer ausreichend Personal. Positiv ist zu sehen, dass der neue Revierleiter von Winnenden, Kriminalrat James Smith, bei den Jugendsachbearbeitern in Schwaikheim auf Kontinuität setzen möchte. Gerade mit der baldigen Einführung der Schulsozialarbeit

passt dies gut zusammen. Wir wünschen uns im Bereich der Jugendprävention Kon-

tinuität und Verlässlichkeit.

Kommunale Kriminalprävention

Wir haben auch eine Anregung, mit der die Gemeinde die Sicherheit erhöhen könnte: Nach Einbruch der Dämmerung besteht im Bereich des Freizeitgeländes kein optimales Sicherheitsgefühl. Insbesondere Kinder meiden diesen Bereich. Die Licht- und Sichtverhältnisse sind nicht optimal gelungen. Das an sich tolle und zur Tageszeit beliebte Gelände könnte durch ein Präventionskonzept geprüft und aufgewertet wer-

den.

Tierschutzverein Winnenden und Umgebung e.V.

Erfreulich ist, dass sich für den Tierschutzverein Winnenden die Arbeitsbedingungen erheblich verbessern. Den Zuschuss in Höhe von 19.000 Euro zur Erstellung eines Neubaus begrüßen wir ausdrücklich. Die herrschenden Zustände sind dort seit langem schon nicht mehr tragbar. Unsere Fraktion war vor Ort, hat sich von den Zuständen ein Bild gemacht und daraufhin im letzten Jahr einen Antrag formuliert. Gleichfalls war es uns wichtig, wieder ins Bewusstsein zu rücken, dass der Tierschutzverein öffentliche Aufgaben wahrnimmt; Aufgaben, die ansonsten die Gemeinde teuer tragen müsste.

Auch finden wir es richtig, dass unser Vorstoß dazu beigetragen hat, dass die jahre-

langen Zahlungen nach Ludwigsburg auf den Prüfstand gestellt werden. Die Gelder

gehören dort hin, wo die Arbeit geleistet wird. Und das ist, bestätigt durch die Win-

nender Polizei, der Winnender Tierschutzverein. Besondere Anerkennung verdient,

dass der Verein 95.000 Euro beisteuert zur Bewältigung einer Gemeindeaufgabe.

Mobilfunkbelastung

Die Frage nach den Folgen der Mobilfunksendeanlagen bewegt nach wie vor die

Menschen auch in Schwaikheim. Nach der Gründung einer Mobilfunkinitiative war

diese Problematik auch ein wichtiger Punkt während der Gemeinderatswahl 2009.

Die SPD hatte dieses Thema aufgegriffen und sich für eine Klärung der Strahlenbe-

lastung eingesetzt. Auf ihre Initiative hin beschloss der Gemeinderat infolge eines

fraktionsübergreifenden Antrags, vom TÜV Süd Messungen vornehmen und eine

Strahlenkarte erstellen zu lassen. Daran wird derzeit gearbeitet.

Dass das Problembewusstsein in unseren Köpfen angekommen ist, ist nicht zuletzt

vor allem das Verdienst der Schwaikheimer Mobilfunkinitiative.

Ortsmitte

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist seit Jahren die Neugestaltung unserer Ortsmitte.

Wir haben einen Investor. Wir haben einen städtebaulichen Entwurf. Hätte sich der

bisherige Erwerb der Grundstücke nicht als so schwierig gestaltet, dann könnten wir

schon ein Stück weiter sein. Inzwischen sind wir erfreulicherweise wichtige Schritte

vorangekommen, aber noch nicht am Ziel. Dies sollte baldmöglichst geschehen -

damit der Investor dann das Projekt realisieren kann.

An der gegenüberliegenden Ecke Bahnhofstraße/Bismarckstraße befindet sich eine

erfreulich große Zahl von Grundstücken bereits im Besitz der Gemeinde. Damit er-

gibt sich die Möglichkeit eine städtebauliche Planung vorzubereiten. Entsprechende

Schritte, die in einen städtebaulichen Wettbewerb münden, werden wir unterstützen.

Nicht zuletzt würde der Verkauf der Grundstücke die Finanzkraft unserer Gemeinde

stärken.

Was könnten wir uns dort vorstellen? Ausgehend von dem gegenüberliegenden Su-

permarkt wäre wahrscheinlich eine Ergänzung durch weitere Geschäfte, die sich im

Bereich Textilien, Schuhe und vielleicht auch Elektronik bewegen, sinnvoll.

Auch Wohnraum sollte geschaffen werden. Zur Erarbeitung eines Konzepts empfeh-

len wir, unter anderem die Einbeziehung des Bundes der Selbständigen.

Damit wächst die Chance, unsere Ortsmitte weiter aufzuwerten. Nicht geschehen

darf, dass eine solche ergänzende städtebauliche Planung die bisherigen Pläne für

das Areal Bahnhofstraße/Bismarckstraße/Holzgasse verlangsamt oder gar stoppt.

3. Sporthalle / Bürgerhaus

Um die Diskussion mit der 3. Sporthalle und/oder ein Bürgerhaus ist es seit dem

Wahlkampf ruhig geworden. Beides gehört nicht zu den Pflichtaufgaben der Ge-

meinde und ist derzeit nicht leistbar. Die Arbeitsgruppe zur Hallenbelegung begrü-

ßen wir und bedanken uns für das Engagement.

Heiße Klinge

Das Projekt Ortskern hat für uns Vorrang. Grundsätzlich steht für uns ohnehin die

Innenentwicklung im Vordergrund, denn da gibt es viel zu tun. Mit Blick auf die weite-

re Entwicklung von Schwaikheim wollen wir uns aber auch nicht Überlegungen ver-

schließen, wie das Gebiet "Heiße Klinge" genutzt werden kann.

Sicherlich haben auch hier Handel und Gewerbe Ideen einzubringen. Schon seit vie-

len Jahren ist auch der Wunsch nach einem Hotel zu hören. Günstige Mietwohnun-

gen für Familien könnten ebenfalls der weiteren Entwicklung unserer Gemeinde gut

tun. Durch die günstige Lage am Bahnhof ergeben sich jedenfalls vielfältige Möglich-

keiten.

Energieversorgung / Konzessionsverträge Strom und Gas

Die Energieversorgung ist ein wichtiges Element der Daseinsvorsorge. Die Energie-

versorgung in Europa und in Deutschland ist in ihrem heutigen Zuschnitt nicht zu-

kunftssicher. Die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke erschwert das

Umsteuern.

Die Lösung des Energieproblems ist auch nicht in neuen Großanlagen in der Wüste

oder auf der Nordsee zu finden, sondern in erster Linie in einer großen Zahl von de-

zentralen, kleineren Anlagen, die durch sog. "intelligente Netze" verknüpft werden.

Um in dieser Richtung die Entwicklung voranzutreiben muss ein weiterer Schritt die

Re-Kommunalisierung der Energieversorgung sein. Städte und Gemeinden müssen

die Energie-Erzeugung und -Versorgung in die eigenen Hände nehmen.

Ortsnah wird dann über bürgerfreundliche Preisgestaltung entschieden, die Gewinne

bleiben vor Ort, also bei uns, und können zu Investitionen genutzt werden, wodurch

das Handwerk gestärkt wird und nicht zuletzt Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der Gesetzgeber hat den Kommunen die Möglichkeit eröffnet, die Energienetze zu

kaufen und die Konzessionsverträge neu zu gestalten. Diese Chance müssen wir

nutzen, wobei wir allerdings nicht das Ziel verfolgen, ein eigenes Gemeindewerk zu

gründen. Deshalb war es richtig, dass der Gemeinderat auf unseren Antrag hin be-

reits beschlossen hat, auch den Gaskonzessionsvertrag zu kündigen.

Und aus diesen Gründen spricht sich die SPD-Fraktion schon jetzt dafür aus, dass

sich auch unsere Gemeinde an einem kommunalen "Stadtwerk" beteiligt. Wir wollen

aber gleich hinzufügen: Sinn eines solchen Stadtwerks kann allerdings nicht sein,

lediglich irgendwo Energie einzukaufen und dann weiterzuverkaufen. Ziel muss der

Ausbau der dezentralen Energieerzeugung sein - weil das ökologisch und ökono-

misch sinnvoll ist und wir weg kommen müssen von den von vier Konzernen be-

herrschten Großstrukturen.

Klimaschutz

Schwaikheim zu einer klimafreundlichen Gemeinde zu machen ist schon seit Jahren

unser Ziel. Unsere Anträge in den letzten Jahren unterstreichen das. Als Erfolg se-

hen wir den Umstieg auf Ökostrom, den Einstieg in die Energieagentur Rems-Murr

und die Untersuchung der gemeindeeigenen Gebäude auf geeignete Sparmaßnah-

men sowie deren teilweisen Umsetzung.

Gerade in Zeiten in denen man wenig Geld zur Verfügung hat, erscheint es uns wich-

tig, Konzepte in Vorleistung auf die nächsten Jahre zu entwickeln. Denn steigende

Energiekosten belasten auf Jahre und Jahrzehnte hinaus unseren Gemeindehaus-

halt.

Genauso sehen wir alternative Finanzierungsmöglichkeiten wie z.B. das Contracting

für ein Blockheizkraftwerk, wie in der Gemeindehalle auf unsere Initiative hin ge-

schehen, als zielführend an. Ein Wunsch wäre gewesen, über den European Energy

Award eine Bestandsaufnahme zu machen und einen Fahrplan für die nächsten Jah-

re zu entwerfen. Leider fand dieser Antrag im letzten Jahr keine Mehrheit.

Nun haben wir den Antrag eingebracht, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bür-

gern einen Runden Energie-Tisch in Schwaikheim zu initiieren. Mit dem Ziel, noch

mehr Klimaschutz in Schwaikheim voranzubringen und die Menschen zum Handeln

zu motivieren.

Bürgerbeteiligung

Das Thema der rechtzeitigen und umfassenden Bürgerbeteiligung ist nicht erst seit

Stuttgart 21 auf unserer Tagesordnung. Hierzu gibt es vieles in unseren Haushalts-

reden vergangener Jahre nachzulesen, manches haben wir auch in den letzten Jah-

ren in Anträge gefasst und eingebracht. Die Notwendigkeit hierzu ist klar. Eine Alter-

native gibt es nicht, möchte man die Demokratie erhalten und stärken.

Bei Stuttgart 21 hat man mit Erstaunen festgestellt, wie politisch aktiv unsere Schüle-

rinnen und Schüler sein können.

So erstaunt, dass man den Schülern gar nicht zutraute, aus eigenem Willen hier mit-

zumachen. Gleich wurden die Stimmen laut, dass sie von Lehrern und Berufsde-

monstranten gezwungen und für unlautere Ziele missbraucht worden sein sollen.

Das sehen wir nicht so.

Unser "Nachwuchs" ist eigenständig politisch. Er lässt sich nur nicht in unsere

Schablonen pressen. Facebook, Twitter und CO lassen grüßen. Wir wollen daran

arbeiten, dies auch kommunalpolitisch zu nutzen.

Zustimmung

Abschließend bedanke ich mich für die SPD-Fraktion sehr herzlich bei allen Mitarbei-

terinnen und -mitarbeitern der Verwaltung, bei Herrn Obenland und seinem Team für

die Erstellung des Haushalts und bei den Gemeinderatskolleginnen und -Kollegen für

die gute Zusammenarbeit.

Die SPD-Fraktion setzt sich mit aller Kraft dafür ein, die Gemeinde Schwaikheim, in

der es sich gut leben lässt, verantwortungsbewusst, voranzubringen. Den Bürgerin-

nen und Bürgern danken wir für ihr Vertrauen.

Dem Haushalt 2011 stimmen wir zu.

Wir werden aber die Entwicklung der Finanzlage aufmerksam beobachten müssen,

um falls nötig rechtzeitig gegenzusteuern oder hoffentlich Chancen nutzen zu kön-

nen.